



---

Pressemitteilung zur Pressekonferenz des IGSF am 12.10.2004 in Berlin

## **Gesetzliche Krankenversicherung: Politik verursacht höhere Beiträge**

Die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind in den letzten Jahren ständig gestiegen, so dass sich die Politik 2003 parteiübergreifend veranlasst sah, mit dem Gesundheits-Modernisierungsgesetz (GMG) den Versuch zu unternehmen, den Beitragssatz der GKV zu senken. Als Schuldige wurden neben den üblichen Verdächtigen, den Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und der Pharmaindustrie, auch die Patienten identifiziert.

„Rund 8 Milliarden Euro werden der gesetzlichen Krankenversicherungen dieses Jahr durch politische Entscheidungen entzogen, nächstes Jahr werden es knapp 11 Milliarden Euro sein“, so Prof. Fritz Beske vom Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel (IGSF). Das Institut beobachtet und analysiert seit Jahrzehnten die Entwicklung des Deutschen Gesundheitswesens. Mit seiner neuen Studie hat das Institut die finanziellen Auswirkungen politischer Entscheidungen der letzten 27 Jahre untersucht und beziffert.

“In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs mit ständig steigenden Einnahmen überbot sich die Politik in der Gewährung neuer Leistungen, vorzugsweise in Wahlkampfzeiten. Die sich ständig verbessernde Finanzsituation der GKV war auch ein Grund dafür, dass die Verlagerung von Finanzierungsanteilen aus anderen Zweigen der Sozialversicherung in die GKV widerspruchlos akzeptiert worden ist. So sind über Jahrzehnte hinweg Lasten von anderen Zweigen der sozialen Sicherung und vom Staat auf die GKV übertragen worden“, so Prof. Beske weiter. Der für das Jahr 2004 erwartete Beitragssatz der GKV läge ohne diese externen Einflüsse nach den Berechnungen des Instituts nicht bei 14,1 Prozent, sondern bei 11,8 Prozent. Allein die Folgen der Arbeitsmarktgesetze (Hartz II bis IV) belasten die Krankenkassen in diesem Jahr mit rund 1,6 Mrd. und im nächsten Jahr mit knapp 3 Mrd. Euro.

Die Forderung von Prof. Beske: „Die Politik muss ehrlich mit der finanziellen Situation der gesetzlichen Krankenversicherung umgehen. Die derzeitige Höhe des Beitragssatzes und die Beitragssatzentwicklung der letzten Jahrzehnte sind maßgeblich durch politische Entscheidungen bedingt. Weder die Struktur noch die Art der Finanzierung der GKV kann für die Finanzsituation der Krankenkassen verantwortlich gemacht werden. Die Politik darf der GKV nicht immer neue Lasten aufbürden. Wir brauchen jetzt verlässliche Rahmenbedingungen für alle, d.h. Sicherheit für die Beitragszahler und Patienten sowie Planungssicherheit für die Leistungserbringer.“